

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

### Geothermieprojekte in Rheinland-Pfalz II

Die **Kleine Anfrage 985** vom 26. Juli 2012 hat folgenden Wortlaut:

In der Antwort zur Kleinen Anfrage 841 (Drucksache 16/1308) vom 15. Mai 2012 führt die Ministerin an, aus Gründen des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses die Rechteinhaber in privatrechtlichen Organisationen nicht nennen zu können. In der Rheinpfalz vom 30. September 2010 wurde der Status der Genehmigungen allerdings genannt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche bergrechtlichen Genehmigungen bestehen für die in der Tabelle (Beantwortung der Fragen 3 und 4) genannten Felder?
2. Bis wann sind diese gültig?
3. Inwiefern wurden diese Bodenrechte geändert?
4. Welche Städte und Gemeinden sind von den Projekten tangiert?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. August 2012 wie folgt beantwortet:

Die Fragen 3 und 4 der Kleinen Anfrage 841 des Fragestellers betreffen Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung und Gewinnung des bergfreien Bodenschatzes Erdwärme. Der erwähnte Artikel in der „Rheinpfalz“ vom 30. September 2010 bezieht sich nicht auf Bergbauberechtigungen, sondern auf die Betriebsgenehmigung für den Probebetrieb des der Bergaufsicht unterstehenden Teils des Geothermiekraftwerks in Landau. Was die Bergbauberechtigungen betrifft, so bleibt es weiterhin bei der in der Antwort zur Kleinen Anfrage 841 getroffenen datenschutzrechtlichen Würdigung. Diese Daten können auf Nachfrage im zuständigen Landtagsausschuss in nicht öffentlicher Sitzung offengelegt werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die vorgenannte Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

Bergrechtlich wurden für einige der in Bezug genommenen Felder Betriebsplanzulassungen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme erteilt. Die nachfolgende Tabelle enthält Angaben zu diesen, Angaben zur Befristung sowie die von den bergrechtlich zugelassenen Vorhaben betroffenen Kommunen.

b. w.

Feld	Kommune	Betriebsplanverfahren	Zulassung bis:
Landau Süd (Landau)	Stadt Landau	HBP zur Gewinnung	31.03.2013
Herxheim (Insheim)	VG Herxheim	HBP	31.12.2012
Rülzheim (Rülzheim)	VG Rülzheim	HBP	28.02.2013
		SBP Bohrplatz	31.08.2012
		SBP Bohrung GT 1	31.08.2012
		SBP explorationsseismische Messung	31.12.2012
Steinfeld (Schaidt)	VG Wörth	HBP	30.09.2012*)
		SBP Bohrplatz	30.09.2012*)
		SBP Bohrung GT 1	30.09.2012*)
Speyerdorf (Altdorf-Ziegelhütte)	VG Edenkoben	HBP	31.07.2013
*) Durch Widerspruch nicht bestandskräftig. HBP: Hauptbetriebsplan nach § 52 Abs. 1 Satz 1 des Bundesberggesetzes SBP: Sonderbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesberggesetzes			

Zu Frage 3:

Ein Bodenrecht wurde nicht geändert. Bergrechtliche Betriebsplanzulassungen betreffen kein Bodenrecht, sondern den Betrieb eines bergbaulichen Vorhabens. Mit der Betriebsplanzulassung wird dem Antragsteller ermöglicht, Anlagen zu errichten, Arbeitsmittel einzusetzen und Arbeitsstoffe zu verwenden.

Voraussetzung für die Erteilung einer Betriebsplanzulassung ist gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1 Bundesberggesetz der Nachweis einer Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung im Umfang der von dem Vorhaben betroffenen Bodenschätze. Im Falle der Aufsuchung und Gewinnung von bergfreien Bodenschätzen (z. B. Erdwärme, Kohle, Erdöl), auf die sich das Grundeigentum nicht erstreckt, ist eine entsprechende gültige bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung erforderlich. Durch die Betriebsplanzulassung kann die Bergbauberechtigung nicht geändert werden.

Zu der Umsetzung des Vorhabens ist darüber hinaus noch die privatrechtliche Verfügbarkeit über das Grundstück, auf dem das Vorhaben hinsichtlich der übertägigen Einrichtungen umgesetzt werden soll, erforderlich. Erst mit dieser Befugnis kann von der Betriebsplanzulassung als öffentlich-rechtliche Gestattung Gebrauch gemacht werden.

Eveline Lemke  
Staatsministerin